

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Dr. Nikolaus Scherak, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Verletzung der Grund- und Freiheitsrechte von in Hongkong aufhältigen Menschen

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 47. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über die Bürgerinitiative Nr. 4/BI betreffend "Wir Österreicher wollen keine Organe aus China haben, für die unschuldige Menschen getötet wurden." (246 d.B.) – TOP 11

Die Tötung von Menschen zum Zwecke der Organentnahme stellt eine barbarische Form der Verletzung des Rechtes auf Leben dar. Der chinesische Staat verletzt aber regelmäßig auch andere Rechte von in China aufhältigen Menschen. Die international bekanntesten Betroffenen sind zwischen Provinzen migrierende Wanderarbeiter_innen und ethnische und religiöse Minderheiten wie die Tibetaner_innen und die Uigur_innen. Hinzu kommt nun der Konflikt um die ehemalige Kronkolonie Hongkong. Neben Menschenrechten werden auch internationale Abkommen über den Status des Territoriums und die darin eingegangene Verpflichtung verletzt, die bis 2047 zu respektieren wären.

Die Regierung in Peking hat sich vertraglich zur Wahrung einer Hongkonger Autonomie unter dem Prinzip "ein Land, zwei Systeme" bis zum Jahr 2047 verpflichtet. Nur Außen- und Verteidigungspolitik unterstehen bis zu diesem Zeitpunkt der chinesischen Zentralregierung. Die neu erlassenen Sicherheitsgesetze ermöglichen es den Pekinger Sicherheitsbehörden nun aber unter anderem:

- ein Büro für nationale Sicherheit mit chinesischem Personal in Hongkong zu eröffnen, um Geheimdienstinformationen zu sammeln;
- alle Kritik an Chinas Führung und alle Aktivitäten, die als auf Unabhängigkeit abzielend bewertet werden, zu verbieten;
- Verdächtige (inklusive Ausländer_innen) in manchen Fällen nach China auszuliefern, um sie dort zu verurteilen;
- die Interpretation von Gesetzen in Peking vorzunehmen, wobei bei unterschiedlichen Interpretationen zwischen Hongkong und Peking die der Zentralregierung überwiegt;
- in manchen Fällen Gerichtsverfahren hinter geschlossenen Türen abzuhalten;
- in Hongkong eine Nationale Sicherheitskommission einzurichten, die unter der Kontrolle eines chinesischen Beraters arbeitet;
- ausländische NGOs und Presseagenturen zu kontrollieren.

Die EU Kommissionspräsidentin, Großbritannien und die G7 Außenminister haben die Sicherheitsgesetze bereits als klaren Verstoß gegen das Grundgesetz (Basic Law, vereinbart zwischen Großbritannien und China) und die Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit verurteilt. Amnesty International nennt die Sicherheitsgesetze "die größte Bedrohung für die Menschenrechte in der jüngeren Geschichte der Stadt".

Als Reaktion erwägt die australische Regierung nun, Hongkonger_innen durch die Vergabe von Sondervisa Schutz zu bieten. Auch Großbritannien hat eine Lockerung der Einwanderungsgesetze für Hongkonger_innen angekündigt. Einerseits sind viele der Hongkonger Aktivist_innen, die unter den Sicherheitsgesetzen bedroht sind, sehr gut ausgebildet und daher hochehrwünschte Einwander_innen. Andererseits hat Peking bereits Vergeltungsmaßnahmen, vor allem im Wirtschafts- und Handelsbereich, im Falle von Einmischung angekündigt. Je breiter die internationale Front, desto geringer Pekings Möglichkeit, durch Sanktionen internationale Verurteilung und Maßnahmen zu unterbinden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, sich unmissverständlich für eine gemeinsame europäische Position zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in China wie auch der Verletzung des internationalen Abkommens zum Hongkonger Sonderstatus auszusprechen und sich dafür einzusetzen, dass auch nicht-EU-Staaten, die wegen ihrer Menschenrechtshaltung von China mit Sanktionen bedroht werden, europäische Solidarität erfahren.

Weiters solle die Bundesregierung alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, aus politischen Gründen aus Hongkong fliehenden Menschen in Österreich so rasch und unbürokratisch wie möglich Schutz zu gewähren."

N. Seiler

Bauer

Beck
(LOACHNER)

G.

H. And

